

Frontalattacke der Opposition

Die Neujahrsansprache des Oppositionsführers Sam Rainsy hat zu einem offenen Schlagabtausch zwischen Opposition und Regierung in Kambodscha geführt. Der frühere Finanzminister bezeichnete darin die derzeitige Koalitionsregierung als »Ansammlung von Kriminellen, Betrügern und Clowns«. Die regierenden Parteien, die des Premiers Hun Sen (Cambodian People's Party) und die Royalisten (FUNCINPEC) unter Prinz Norodom Ranariddh, reagierten äußerst heftig auf die Attacke und bezeichneten die Äußerungen »als Gefahr für die Demokratie in Kambodscha« und als Versuch, »die nationale Einheit zu zerstören und das Land in den Krieg zu treiben«.

Sam Rainsy, Führer der nach ihm benannten Partei und

für seine dramatischen Metaphern bekannt, griff auch die Monarchie in Kambodscha an: »Diese sogenannte Monarchie bietet nur eine hauchdünne Fassade von Legalität und Demokratie für ein illegales und diktatorisches Regime«. Darauf schaltete sich auch König Sihanouk in die Debatte ein, der den Kritiker nicht beim Namen nannte, aber unmissverständlich klarmachte, dass er die Äußerungen Rainsys als schwere Beleidigung für die Monarchie empfinde. Einige Leute hätten die Ehre des Throns, der Monarchie und der Religion in Verruf gebracht, sagte der König in einer öffentlichen Fernsehansprache. Weiterhin dankte er den beiden Regierungsparteien für ihren »Einsatz für die Gerechtigkeit«.

Das Verhalten Sam Rainsys soll jedoch nicht ohne Konsequenzen bleiben, kündigten die Sprecher der Cambodian People's Party und FUNCINPEC an. Daraufhin kamen Gerüchte auf, dass Sam Rainsys diplomatische Immunität aufgehoben werden soll, damit dieser strafrechtlich verfolgt werden kann. Der König mahnte jedoch zur Nachsicht. Rainsy, wohl selbst von den heftigen Gegenreaktionen überrascht, spielte sein Fehlverhalten herunter und antwortete auf die Frage, ob er vielleicht einen Prozess zu erwarten hätte mit dem lapidaren Satz: »Ich bin sicher, dass am Ende die Vernunft siegen wird«.

vgl. Reuters 20./ 21.2.2000; AP
22.2.2000

Erste Erfolge im Kampf gegen illegale Rodung

Die kambodschanische Regierung hat insgesamt 21 Beamte in Zusammenhang mit einem Korruptionsskandal in der forstwirtschaftlichen Industrie entlassen und plant weitere strafrechtliche Verfolgungen. Mitglieder des Militärs, des Landwirtschafts-, Umwelt- und Innenministeriums sollen von Oktober bis Dezember 1999 insgesamt 400 Lkw-Ladungen illegal gefällter Baumstämme aus der nördlichen Provinz Mondolkiri nach Vietnam ausgeführt haben. Nachdem verschiedene Kreditgeber, darunter auch der internationale Währungsfond, seit längerem Druck auf die Regierung ausgeübt hatten, die illegalen Rodungen zu stoppen, wurden nun zum ersten Mal rechtliche Schritte veranlasst. Die Ausbeutung der Waldgebiete, vor allem im Norden des Landes, droht außer Kontrolle zu geraten, da nur wenige Aufforstungsprogramme existieren und keine Steuern an die zuständigen Behörden abgegeben werden.

vgl. Reuters 24.1.2000

Büro der UN geschlossen

Die offizielle Vertretung der UN in Phnom Penh wurde zum Jahresende geschlossen. Die Auflösung der Behörde, die seit über sechs Jahren mit einem Abgesandten des UN-Generalsekretärs besetzt war (zuletzt mit dem indischen Diplomaten Lakhan Mehrotra), symbolisiert auch das Ende einer speziellen Mission der UN: Sie vermittelte während verschiedener politischer Krisen im Land zwischen den Parteien und organisierte 1993 die Wahlen in Kambodscha. Die

Überwachung der demokratischen Wahlen war damals das größte laufende Programm der UN. Premierminister Hun Sen kommentierte die Auflösung des Büros mit der Bemerkung, dass sich die Verhältnisse zwischen der UN und Kambodscha so gut entwickelt hätten, dass eine Vertretung bei der UN in New York ausreichend sei. Ein Büro des Beauftragten für Menschenrechtsfragen soll aber noch mindestens zwei Jahre im Land verbleiben.

vgl. Reuters, 30.12.99

Sihanouk zur Untersuchung nach Peking

Kambodschas König Norodom Sihanouk flog Anfang Februar nach Peking, um sich dort in einem Krankenhaus untersuchen zu lassen. Das 77-jährige Oberhaupt der konstitutionellen Monarchie hat in den letzten Jahren schon mehrere schwere Krankheiten durchlebt, sah aber nach Angaben von Reportern beim Betreten des Flugzeuges gesund aus.

Die Tochter des Königs, Kulturministerin Norodom Bo-

pha Devi, sagte, dass der allgemeine Zustand ihres Vaters gut sei und er nur, wie alle drei Monate, zu einem regelmäßigen Gesundheitscheck nach Peking fliege. In den vorangegangenen Wochen gab es in Kambodscha erste Diskussionen über einen Nachfolger des Königs. Dieser muss Mitglied der drei verschiedenen Zweige der königlichen Familie sein, womit über 20 potentielle Nachfolger in Frage kämen.

vgl. Reuters, 1.2.2000

nachrichten

Touristenstrom hält an

1999 kamen 260.000 Besucher per Direktflug nach Phnom Penh oder nach Siem Reap, dem touristischen Zentrum Kambodschas. Weitere 380.000 kamen per Landweg und ungefähr 280.000 machten Tagesausflüge von Thailand aus. Aufgrund der politischen Instabilität und der Wirtschaftskrise kamen im Jahr zuvor nur 186.000 Besucher per Direktflug. Der Sekretär des verantwortlichen Ministeriums, Thong Khon, sagte, dass vor allem die erhöhte Sicherheit und der allgemeine ökonomische Aufschwung des Landes die wichtigsten Faktoren für das Wachstum im Tourismusgeschäft seien.

Der Boom hat bereits Auswirkungen auf die Bautätigkeiten in Siem Reap, wo die Tempelanlagen von Angkor Vat jedes Jahr mehr Besucher anziehen. Die Bettenkapazität von derzeit 2000 soll in den nächsten Jahren verdoppelt werden. Zur Zeit werden dort sechs neue Hotelanlagen gebaut. Amerikaner, darunter viele Kambodschaner, die dort seit den 70ern leben, gehören zu den häufigsten Besuchern, gefolgt von Chinesen und Franzosen.

Thong Khon stellte auch die Präferenzen im Tourismusgeschäft klar: »Wir konzentrieren uns vor allem auf die Besucher, die mit dem Flugzeug kommen, da diese rund 89 Dollar pro Tag ausgeben. Auf die Touristen, die per Landweg kommen, konzentrieren wir uns weniger«.

vgl. Reuters 17.1.2000

nachrichten

Verschmutzung des Mekong

Stoffe sind eine der ertragreichsten Exportartikel Kambodschas. In den letzten Jahren haben sich immer mehr Firmen an den Ufern des Mekong angesiedelt, um der steigenden Nachfrage auf dem Weltmarkt gerecht zu werden. Das unkontrollierte Wachstum und die bis jetzt fehlenden Umweltauflagen könnten aber zur Gefahr werden. Um die Stoffe zu verarbeiten und zu färben, werden große Mengen an Wasser benötigt, das nach der Versetzung mit verschiedenen Chemikalien wieder in den Fluss geleitet wird. Heng Nareth, Beauftragter des kambodschanischen Umweltministeriums, bestätigte die hohen Risiken und wies darauf hin, dass der Mekong eine der Hauptnahrungsquellen in Kambodscha ist und die Verschmutzung auch den Reisanbau in Vietnam gefährden würde, da das Delta des Flusses das größte Anbaugelände des Landes ist.

Alle der etwa 250 Firmen, von denen die meisten in der Nähe von Phnom Penh angesiedelt sind, erhielten vom Umweltministerium eine Aufforderung, innerhalb der nächsten zwei Monate ihre Wasseraufbereitung entscheidend zu verbessern. Da die Industrie hohe Gewinne erzielt, dürfte es wohl kaum an finanziellen Mitteln fehlen. Firmen, die den Auflagen nicht nachkommen, werden nach Ablauf der zwei Monatsfrist geschlossen. Die Bauarbeiten für neue Fabriken wurden von der Regierung schon im letzten Jahr unterbrochen.

vgl. Reuters, 2.2.2000; AP 3.2.2000

Neuer Entwurf zum Tribunal von UN kritisiert

Nachdem die kambodschanische Regierung im Januar einen weiteren Entwurf zur Durchführung des internationalen Tribunals gegen die Führer der Khmer Rouge vorgelegt hatte, kritisierte die UN abermals den Zustand der Justiz im Land und äußerte Zweifel, dass ein fairer Prozess ohne stärkere Involvement der UN möglich sei.

Hans Corell, Berater der UN in internationalen Rechtsfragen und Verbindungsmann der UN in Kambodscha, vermerkte, dass die zahlenmäßig kleine Vertretung der UN-Anwälte und das in allen Bereichen geltende Vetorecht der kambodschanischen Rechtsexperten die wichtigsten Punkte wären, die die UN in dieser Form nicht akzeptieren könnte. Eine Vereinigung von 17 Menschenrechts-

gruppen erklärte, dass »es zwar einige positive Entwicklungen gibt, aber das essentiellste, die Unabhängigkeit des Gerichts, nicht gewährleistet ist«.

Corell lud daraufhin eine Delegation von kambodschanischen Regierungsberatern nach New York ein. Premierminister Hun Sen lehnte die Einladung ab, ließ aber Möglichkeiten offen: »Wir haben gestern alle Vorbereitungen abgeschlossen und wir sind nicht bereit, eine Delegation nach New York zu senden. Unser Land kann nicht nur nach hinten schauen. Aber wenn jemand weiter mit uns verhandeln will, sind wir hier in Phnom Penh immer dazu bereit«.

Hun Sen und sein Vizepremier Chea Sim riefen am siebten Januar, dem nationalen

Gedenktag zur Befreiung des Landes von den KR, dazu auf, alle Kräfte aufzubieten, um das Tribunal so schnell wie möglich zu beginnen. Doch wie immer warnten die Vertreter der Regierungsparteien vor einer möglichen Destabilisierung des Landes. Im Gegensatz zur UN will die Regierung das Tribunal nach ihren Regeln gestalten, um eventuelle peinliche Enthüllungen zu vermeiden. Viele der obersten KR-Führer sind auf freiem Fuß und haben weiterhin weitreichende Kontakte. Internationale Spannungen wären bei einem Tribunal auch zu erwarten, da beispielsweise die Volksrepublik China bei der Unterstützung des Regimes von 1975-79 eine wichtige Rolle inne hatte.

vgl. Reuters, 6.1. und 7.1.2000

Streitbarer US-Republikaner zu Besuch

Einer der schärfsten internationalen Gegner Hun Sens, der amerikanische US-Abgeordnete Dana Rohrabacher, kam zu einem mehrtägigen Besuch nach Phnom Penh, um Gespräche über den Demokratisierungsprozess und das ausstehende Khmer Rouge-Tribunal zu führen. Rohrabacher, Abgeordneter aus Kalifornien, wo viele Exilkambodschaner leben, wurde von Oppositionsführer Sam Rainsy empfangen, traf sich aber auch mit dem Premierminister.

In den letzten Jahren hatte der Abgeordnete vor allem im US-Kongress für Aufsehen gesorgt, als er mehrere Male ei-

nen kompletten Stopp aller finanziellen Hilfen für Kambodscha forderte und Premier Hun Sen beschuldigte, die demokratischen Entwicklungen im Land zu unterdrücken und in kriminelle Aktivitäten verwickelt zu sein. Die US-Regierung hatte danach stets betont, dass dies persönliche Ansichten seien und nicht die Meinung der Regierung in Washington widerspiegeln. Oppositionsführer Sam Rainsy beschrieb den Amerikaner als »Verfechter der Demokratie, Förderer der demokratischen Bewegung in Kambodscha« und dankte ihm für sein Engagement im amerikanischen Kongress. vgl. Reuters, 14.1.2000

Warnung vor internationalem Tribunal

Ein ehemaliges Mitglied des Außenministeriums der Khmer Rouge (KR), Suong Sikoeun, hat vor einem internationalen Tribunal gegen die Führer des von 1975-79 regierenden Regimes gewarnt. Vor allem die Provinzen im Nordwesten des Landes, in denen sich die KR nach der Niederlage gegen die Vietnamesen verschanzt hatten, seien in einer schwierigen Situation, wenn es zu einem Tribunal kommen würde, so Sikoeun. »Der Friede und die Sicherheit in Kambodscha haben immer noch Schwachstellen, vor allem in den alten KR-Provinzen. Natürlich ist die Wahrscheinlichkeit eines richtigen Krieges fast gleich Null, aber es könnte zu Terroranschlägen und Aufständen kommen, die die momentan positive Entwicklung des Landes stören könnten«, sagte der in Frankreich erzogene Sikoeun, der früher Mitarbeiter des damaligen KR-Außenministers leng Sary war.

vgl. Reuters. 4.2.99

Kommunikations-Vertrag gekündigt

Im stark expandierenden Telekommunikationsmarkt Kambodschas kommt Bewegung auf. Der australische Konzern Telstra, der 1990 einen Zehnjahresvertrag mit der Regierung unterzeichnet hatte, erhielt kein Angebot, den Vertrag zu verlängern. Der Konzern unterhält eine Satellitenstation und ist für den größten Teil der internationalen Kommunikation des Landes ver-

antwortlich. Die Vertreter von Telstra hatten schon mehrmals eine Verlängerung des Vertrages erwünscht, aber der Minister für Post und Telekommunikation So Khun bemerkte nur: »Nach dem Vertrag ist die Sache gelaufen. Wenn er ausgelaufen ist, ist es aus.« Gründe für einen Ausstieg wurden konkret nicht genannt.

vgl. Reuters vom 26.1.2000